

Bürger verlieren Mitspracherecht

Die Stadt Herford reduziert ihren Gestaltungsbeirat von neun auf fünf Mitglieder, die Vereinsvertreter fallen raus. Damit endet eine erkämpfte Form der Bürgerbeteiligung, die ihre Wurzeln in den Nachkriegsprotesten hat.

Katharina Eisele

Herford. Es begann mit Protest. Gegen das, was Stadtverwaltung und Architekten in der Herforder Stadt verändern wollten. Zu viel Beton, zu wenig historischer Kern, so die Kritik. Der zunehmende Widerstand mündete im „Beirat für Stadtbildpflege“, einem Gremium, in dem Experten und Bürger gemeinsam arbeiteten. Ab Donnerstag aber ist es damit vorbei. Dann tritt das Gremium erstmals in seiner reformierten Formation zusammen – ohne Bürgervertreter. Damit endet eine besondere Form der Bürgerbeteiligung, die vor knapp 65 Jahren begann.

Die Geschichte reicht bis in die 1960er-Jahre zurück. Der Protest dreier Herforder Vereine gegen den Verlust historischer Bausubstanz führte 1961 zur Einrichtung des „Arbeitskreises Stadtbild Herford“. Als 1972 der Abriss des Friedrichs-Gymnasiums drohte, gründete sich zudem die „Bürgerinitiative zur Erhaltung des charakteristischen Stadtbildes“. Beide gelten als Vorläufer des „Beirates für Stadtbildpflege“, den der Rat 2000 einrichtete.

Ehemaliges Mitglied: „Vielfache Kompetenz geht verloren“

Von sieben Sitzen entfielen zwei auf „Denkmalschutz, Ortsbild und Heimatpflege“ und einer auf „Bildende Kunst und Kultur“. Für diese Bereiche räumte die Gründungssatzung den „mit der Sache befassten Verbänden, Vereinen oder Vereinigungen“ ausdrücklich ein Vorschlagsrecht ein. Die Vereine waren damit institutionell eingebunden. 2014 wurde der Beirat um zwei Experten-Sitze erweitert.

Allerdings: Mit dem Beirat zeigte sich die Politik zuletzt zunehmend unzufrieden. Einige Fraktionen wollen ihn ganz abschaffen, eine Mehrheit das Gremium reformieren. Ein gemeinsamer Antrag von CDU und SPD im Dezember 2025 zu „Erhalt und Neuausrichtung des Beirats“ setzte sich letztlich durch. Sie bekräftigten die Bedeutung des Gremiums und forderten eine



Drei Häuser an der Höckerstraße sollten 2016 für einen neuen Gebäudekomplex weichen. Der Beirat für Stadtbildpflege war damals involviert und beklagte die „beratungsresistente Haltung“ des Hüllhorster Investors. Archivfoto: Peter Steinert

Reform, die „Transparenz, Effizienz und Bürgernähe stärkt“. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe sollte ausdrücklich die damaligen nicht-politischen Mitglieder einbinden.

So kam es dann auch: Am 25. März lud die Bauverwaltung zu einem informellen Gespräch ein. Das Ergebnis dieses Treffens ist knapp, aber eindeutig dokumentiert: „Was die Zusammensetzung des Beirates betrifft, war man sich einig, dass die Mitglieder aus den Arbeitsbereichen Architektur, Städtebau- und Landschaftsplanung kommen sollen.“ Denkmalschutz, Heimatpflege und Kunst/Kultur tauchen in dem Ergebnisvermerk nicht mehr auf.

Dass die bürgerlichen Vertreter diesem Einschnitt tatsächlich ohne Einwand zugestimmt haben sollen, erscheint allerdings erklärungsbedürftig. Die NW fragte deshalb bei Elke Brunegraf und Johannes Beer nach. Beide betonten, keine Einladung zu dem Gespräch erhalten zu haben.

Beer, Vorsitzender des Vereins für Herforder Geschichte, hatte seine Nominierung für Denkmalschutz, Ortsbild und Heimatpflege bereits im vergangenen Jahr eingereicht. Grafikerin und Kuratorin Brunegraf war erneut für Bildende Kunst und Kultur vorgesehen. Als schließlich Post von der Stadt kam, enthielt sie keine Einladung, sondern einen Dank für die gute Zusammen-

arbeit. Beer hakte nach: „Bin ich jetzt raus?“ Eine Antwort habe er bis heute nicht bekommen.

Den endgültigen Beschluss fasste der Rat gut sechs Wochen später, vergleichsweise beiläufig zwischen der Entlastung mehrerer städtischer Tochtergesellschaften und der Umbesetzung des Sozialausschusses.

Die neue Geschäftsordnung des „Gestaltungsbeirates“, wie das Gremium jetzt heißt, sieht fünf Mitglieder aus Architektur, Städtebau und Landschaftsplanung vor. Die bisherigen Passagen zu Denkmalschutz, Ortsbild und Heimatpflege sowie Bildender Kunst und Kultur sind ersatzlos gestrichen. Das Protokoll vermerkt dazu lediglich: „Es

gibt keine Wortmeldungen.“ Der Beschluss fiel einstimmig.

Für Johannes Beer ist vor allem der Weg dorthin schwer nachvollziehbar. Die Zusammenarbeit sei stets konstruktiv gewesen: „Zum Teil wurden die Anregungen auch gern umgesetzt.“ Die Stadt spare durch den Verzicht auf die Vertreter nichts, sagt er: „Aber vielfache Kompetenz geht verloren.“

Auch Elke Brunegraf hätte gerne weitergemacht. 21 Jahre lang vertrat sie Bildende Kunst und Kultur. Ihre Aufgabe sei es gewesen, den „künstlerischen Ansatz“ einzubringen. „Alle waren davon überrascht“, sagt sie. Die verschiedenen Fachbereiche im Beirat seien ein „wichtiges Pfund“ gewesen, über das die Stadt ha-

be verfügen können. „Jetzt ist es abgeschnitten.“

Auf Nachfrage räumt SPD-Fraktionschef Adrian Möller eine Lücke zwischen Antrag und Ergebnis ein. Im gemeinsamen Antrag mit der CDU seien Transparenz und Wissenstransfer als Leitlinien festgehalten worden. „In der neuen Geschäftsordnung findet sich das nicht wieder“, sagt Möller.

Es habe allerdings auch Punkte gegeben, „die in der Vergangenheit nicht gut gelaufen sind“. Die Verkleinerung des Gremiums begründet Möller mit dem Wunsch, „dass wir die Prozesse verschlanken und bürokratiemäßig besser werden“.

Das sagen CDU und SPD zur Reform des Gestaltungsbeirates

CDU-Fraktionschef Thomas Beck verweist auf die Außenwirkung des Beirats. Ziel sei gewesen, das Gremium „ein Stück weit aus dem Elfenbeinturm herauszuholen“. Zugleich müsse die interne Beratung geschützt werden. Eine öffentliche Diskussion könne für beteiligte Architekten wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen und die Bereitschaft von Fachleuten beeinträchtigen, sich im Beirat zu engagieren.

Vor diesem Hintergrund sei die Bürgerbeteiligung „schwierig“, wenn der Beirat nichtöffentlich tagt. Der Beirat sei zudem kein politisches Entscheidungsgremium, sondern spreche Empfehlungen aus. „Es geht wirklich um das Ergebnis“, sagt Beck. Die eigentlichen Entscheidungen würden weiterhin insbesondere im Bau- und Umweltausschuss getroffen.

Die Stärke des Gremiums sieht Beck vor allem in der fachlichen Expertise seiner Mitglieder. Der Beirat könne Politik und Verwaltung als „Ideenpool“ oder, wie er es „auf Neudeutsch“ nennt, als „Thinktank“ zur Seite stehen. „Die Leute haben eine Wahnsinns-Expertise“, sagt Beck.

SPD-Chef Adrian Möller betont, dass man sich das Gremium nach dem Neustart noch mal „genau anschauen“ wolle.

Das Gremium

Die Mitglieder des Gestaltungsbeirates beraten den Stadtrat, seine Ausschüsse und die Verwaltung in stadtgestalterischen, baukünstlerischen und denkmalpflegerischen Fragen.

2014 bis 2025

- Neun Mitglieder: Sechs Fachexperten aus Architektur-, Städtebau-, Landschaftsplanung und Verkehrsplanung, drei Vereinsmitglieder, davon zwei für Denkmalschutz, Ortsbild und Heimatpflege und

ein Vertreter für Bildende Kunst und Kultur.

- ♦ tagt nicht öffentlich

ab 2026

- ♦ Fünf Mitglieder: Fachexperten aus Architektur, Städtebau- und Landschaftsplanung
- ♦ tagt nicht öffentlich
- ♦ Der Beirat tagt an fünf bis sechs Sitzungen in einem Jahr.
- ♦ Die Sitzungen sollen im Regelfall circa 14 Tage vor dem Bau- und Umweltausschuss stattfinden. (eis)